



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. Juni 2018
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalman-Bieri

A 502 Anfrage Keller Daniel und Mit. über behördenverbindliche Entscheidungen durch LuzernPlus / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Daniel Keller ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Daniel Keller: Inhaltlich stimmt die Antwort der Regierung in weiten Teilen. Bezüglich der Interpretation und der Auswirkungen sind wir uns aber nicht einig. Natürlich hat sich der regionale Entwicklungsträger (RET) LuzernPlus mehr und mehr als vierte Staatsebene etabliert, und die direktdemokratischen Mittel werden zunehmend mit zahlreichen behördenverbindlichen Weisungen beschnitten. Die Gemeinderäte werden zusehends entmachtet, speziell in den kleineren Gemeinden. Die direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf Stufe Gemeindeparlament und Gemeindeversammlungen wird deutlich vermindert, teilweise sogar gezielt verhindert. Gemeinderäte ohne grosse Ambitionen in Sachen Planung und Koordination innerhalb der Gemeinden begrüssen es erfahrungsgemäss, wenn ihnen Projektarbeiten abgenommen werden, beispielsweise im Bereich Raumplanung. Für die Bürgerinnen und Bürger sind es aber essenzielle Punkte, wenn es um die Weiterentwicklung ihrer Gemeinde und der umliegenden Region geht. Tendenziell diktatorisch behördenverbindliche Weisungen von LuzernPlus in weitreichenden Teilen passen nicht in das Bild eines direktdemokratischen Verständnisses. Die lokalen Politiker und die Bürger werden zunehmend entmündigt. Wollen wir das wirklich? Hat unser Rat weitere Gemeindefusionen im Raum Luzern-Littau nicht aus gutem Grund zu verhindern versucht, weil wir eine Selbstbestimmung wollen? Was passiert acht Jahre später mit LuzernPlus und seinen Entwicklungsträgern? Sie bilden die Zentralverwaltung im Bereich Bau und Raumplanung, in der Verkehrspolitik und vielem mehr. Es ist ein schwacher Trost, dass auf Stufe Delegiertenversammlung bei LuzernPlus Änderungen möglich sind. Wer sind die Delegierten? Es sind die Gemeindevertreter und Anhänger dieser Organisation. Eine weitere Farce ist die Möglichkeit eines Referendums. Wenn Parteien oder Gruppierungen, beispielsweise in Ebikon, das Referendum ergreifen, braucht es 3000 Unterschriften, die aufgrund der lokalen Interessenlage nur in dieser Gemeinde selber gesammelt werden können – ein Ding der Unmöglichkeit also. Bei einer Volksabstimmung dürfen rund zwölf Gemeinden im Umkreis mitbestimmen. Wen interessiert das ausserhalb der betroffenen Gemeinde? Niemanden. So gewinnt man aber sicher keine Abstimmung. Darum werden auch keine Referenden ergriffen. Es ist ein demokratischer Rohrkrepieler, mehr nicht. Es kann nicht sein, dass LuzernPlus als RET heute einer Gemeinde befiehlt, dass Hochhäuser gebaut werden müssen, die Gemeinde selber aber nur bestimmen darf, wo gebaut werden soll, und der Rest entsprechend verordnet wird. Es braucht sehr bald eine Reformation dieser Organisation, es braucht eine neue Organisationsform, und die Strukturen und Kompetenzen müssen nach unten angepasst werden, damit diese sinnvollen RET wieder

eine demokratisch legitimierte Daseinsberechtigung erlangen. Bürgerinnen und Bürger fühlen sich zunehmend abgehängt. Die Frage an LuzernPlus lautet: Wo sind die Gemeinderäte und LuzernPlus gewillt, zusätzliche Mitsprachemöglichkeiten zu garantieren? Ein Postulat oder eine zielgerichtete Motion drängt sich aufgrund der heutigen unbefriedigenden Situation auf.

Toni Graber: Ich nehme zu einem Beispiel aus unserer Region mit dem RET Luzern West Stellung. Ich musste selber erfahren, wie schwierig es ist, gegen einen Beschluss – in diesem Fall den Wiggertalkorridor – vorzugehen. Der Wiggertalkorridor, der für die Gemeinde Schötz und die Grundeigentümer einen sehr grossen Eingriff bedeutet, wurde auf dem schnellsten Weg durchgeboxt. Unter der Federführung des RET Luzern West wurde eine Absichtserklärung von sechs Gemeinden erstellt. Betroffen davon sind aber nur zwei Gemeinden, nämlich Schötz und Alberswil. Sechs Grundeigentümer wollten sich dahingehend äussern, dass zurzeit kein solcher Korridor gebildet werden solle. Auf ihre Mitwirkung wurde aber nicht nur verzichtet, im Gegenteil, sie wurden richtiggehend abgefertigt. Es hiess, der Entscheid sei bereits behördenverbindlich, und man könne nichts mehr dagegen unternehmen. Bei der Korridorbildung geht es um die Umfahrung Ost, die im Richtplan schon länger vorgesehen ist. Inzwischen wird diese Umfahrung jedoch infrage gestellt, da sie aufgrund eines Postulats einer Variantenstudie unterworfen wurde. Dies wurde aber nicht kommuniziert und der Entscheid einfach übergangen. Die Ostumfahrung hat mittlerweile nicht mehr die gleiche Priorität. Gleichzeitig wurde das Projekt Wiggertalbahn vorangetrieben, ein NRP-Projekt, das eigentlich niemand braucht und niemand will. Trotzdem wird ein Korridor ausgeschieden auf Kosten der raumplanerischen Souveränität der Gemeinde Schötz und der betroffenen Grundeigentümer.

Hans Stutz: Die wichtigste Frage des Vorstosses lautet, welche Konsequenzen eine Auflösung von LuzernPlus hätte. Gemäss Antwort des Regierungsrates bräuchte es selbst bei einer Auflösung der RET nach wie vor eine übergeordnete Planung, was auch offensichtlich ist. In der Agglomeration gibt es eine riesige Ansammlung von Häusern, Bewohnerinnen und Bewohnern, und der Verkehr sowie die Raumplanung müssen organisiert werden. Das muss aber gemeindeübergreifend geschehen; dem stehen jedoch die Gemeindegrenzen im Weg. In diesem Fall müssten also einzelne Gemeinden fusionieren, oder man bildet Gemeindeverbände. Das Problem bei den Gemeindeverbänden besteht darin, dass ihnen meistens nur die Exekutivmitglieder angehören, die auch alle Entscheide fällen. Eine demokratische Kontrolle fehlt in diesem Fall. Nun geht es darum, wie dieses Problem gelöst werden kann. Es geht nicht darum, die Gemeindeverbände oder die RET aufzulösen, sondern es müssen demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden, damit die Bevölkerung ihre Anliegen einbringen beziehungsweise auch ihre Zustimmung verweigern kann.

Ruedi Burkard: Ich kann weder die Einschätzungen des Anfragenden noch die von Hans Stutz teilen. Aus Sicht der FDP-Fraktion sind die Antworten des Regierungsrates korrekt. Die Sorgen der SVP, dass die RET zu viele Kompetenzen erhalten, teile ich nicht. Es ist wichtig, dass die Gemeindevertreter ihre Verantwortung in den RET wahrnehmen. Mit der überregionalen Planung, sei es für einen Richtplan oder ein Hochhauskonzept, müssen sich auch die Gemeinden befassen. Es braucht aber eine übergeordnete Organisation; dazu sind die RET da. Die RET nehmen ihren gesetzlichen Auftrag wahr. Die Problematik besteht darin, dass sich die einzelnen Gemeinden nicht mehr vertieft mit diesen Themen auseinandersetzen. Wenn es beispielsweise um ein Hochhauskonzept geht, hat der Gemeinderat der betroffenen Gemeinde die Pflicht, sich damit auseinanderzusetzen, sich einzugeben und Korrekturen anzubringen. Aus Sicht der Gemeinde Horw ist das gelungen. In der Gemeinde Horw sind wir mit dem Hochhauskonzept einverstanden. Mit dem Teilrichtplan Detailhandel waren wir nicht einverstanden, deshalb haben wir uns beim RET eingebracht, was auch funktioniert hat. Die Aufgabe bleibt bei den einzelnen Gemeinden; sie müssen sich mit diesen Themen befassen, damit sie das erreichen können, was sie wollen. In diesem Sinn ist der demokratische Prozess nicht gefährdet.

Peter Fässler: Die einzelnen Gemeinden im Kanton Luzern brauchen greifbare

Instrumente, um gemeindeübergreifende Aufgaben zu lösen. Im Kanton Luzern sind dies Gemeindeverbände und regionale Entwicklungsträger. Die Antwort der Regierung ruft mir wieder einmal in Erinnerung, wie was wo abläuft bei der Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg. Gerade wenn man beruflich nicht so nahe an diesen Themen arbeitet, sind diese Zusammenhänge nicht immer präsent. Wichtig ist zu wissen, wie die Bürger und deren Gemeinden Einfluss auf diese Gebilde nehmen können. Es fehlt nämlich der direkte demokratische Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Entscheidungen dieser Organisationen. Da ist es wichtig zu wissen, welche Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Entscheide zur Verfügung stehen. Die Antwort des Regierungsrates zeigt auch auf, dass LuzernPlus nicht über weiter gehende Kompetenzen verfügt, wie andere Träger dieser Aufgaben. Sie befinden sich im Rahmen des Gesetzes. Ganz wichtig ist nämlich gerade für die Agglomeration Luzern, dass griffige Instrumente für die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus bestehen und dass Vorgehensweisen koordiniert werden können, wo es nötig und wichtig ist, denn sonst machen wir in unserem Rat Lokalpolitik.

Daniel Gasser: Aus Sicht der CVP-Fraktion sind die Fragen durch den Regierungsrat schlüssig beantwortet. Ich erlaube mir, meine persönliche Sichtweise einzubringen. In den letzten sechs Jahren als Gemeinderat und Delegierter habe ich die Wichtigkeit von Gemeindeverbänden ausführlicher kennengelernt. Vor allem in gemeindeübergreifenden Projekten schaffen die Verbände einen Mehrwert, weil sie als neutrale Auftragnehmer gemeinsam Themen im funktionalen Raum koordinieren. Im Bereich der Raumplanung sind das gemeinsame Siedlungsleitbilder oder Gesamtverkehrskonzepte. Darüber hinaus hat gerade LuzernPlus im Rontal einen wesentlichen Anteil an der neuen Musikschule Rontal, aber auch bei der Vernetzung von kleineren Themen wie Wasserversorgung, Marketing oder dem Rontaler Höhenweg. All diese Themen werden von den Gemeinden angestossen und in variabler Beteiligung umgesetzt. Es beteiligen sich also nur jene Gemeinden an den Projekten und finanzieren diese mit, die das auch wollen. Mit der Delegiertenversammlung haben wir die Möglichkeit, unsere Interessen einzubringen und bei Uneinigkeit einen Teilrichtplan zurückzuweisen, wie das vor wenigen Tagen beim Teilrichtplan Detailhandel der Fall war. Soweit ich weiss, erhalten alle Kantonsräte im Einzugsgebiet unseres RET eine Einladung zur Delegiertenversammlung. Ich lade alle Kritiker ein, an einer solchen Delegiertenversammlung teilzunehmen und sich selber ein Bild zu machen. Für uns als Gemeinderäte ist unser RET ein wichtiges Bindeglied zum funktionalen Raum geworden, auf das ich nicht mehr verzichten möchte.

Urs Brücker: Mein Vorredner hat die Sicht der meisten Gemeinden sehr gut dargelegt. Es ist eine Aufgabe der Gemeindeverbände, überkommunale Regelungen und Planungen aufeinander abzustimmen und gemeinsam festzulegen. Dadurch wird es für die einzelnen Gemeinden in der Regel günstiger, die Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen. Natürlich sind nicht alle Gemeinden gleich stark davon betroffen. Der Anfragende hat von neuen Kompetenzen gesprochen, die insbesondere LuzernPlus erhalten haben soll. Davon ist mir nichts bekannt, denn es gelten nach wie vor die gesetzlichen Bestimmungen. In der Regel sind in den RET Beiräte vertreten, die einen Input geben. Der Vorstand arbeitet einen Teilrichtplan oder ein Konzept aus. Darauf erfolgen ein Beschluss und eine kantonale Vorprüfung. Es folgt ein Auflage- und Mitwirkungsverfahren, das in den Gemeinden 60 Tage aufliegt. Der Delegiertenversammlungsbeschluss unterliegt dem Referendum. An der letzten Delegiertenversammlung wurde der Teilrichtplan Detailhandel nicht genehmigt. Es handelt sich also um ein demokratisches Verfahren; übergeordnete Aufgaben unter den Kommunen werden auch übergeordnet angegangen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Bei den RET handelt es sich um Zweckverbände. Sie stehen nicht allein in unserer politischen Landschaft da, es gibt weitere Zweckverbände, beispielsweise im Bereich der Altersversorgung oder bei den Sozialberatungszentren. Die Aufgaben der RET kommen von zwei Seiten, einerseits vom Kanton und andererseits von den Gemeinden als Mitglieder der RET. Der Kanton ist für die Erstellung der regionalen Richtpläne und für den Vollzug der Regionalpolitik zuständig, wo auch der Bund involviert ist. Die Mehrheit der

anderen Aufgaben wird von den Gemeinden bestimmt. Es handelt sich um Koordinationsaufgaben in den entsprechenden Regionen. Als Beispiel dient das Hochhauskonzept von LuzernPlus. Den Medien konnte Mitte Juni entnommen werden, dass LuzernPlus dem Hochhauskonzept zustimmt. Dabei ging es um eine koordinative Aufgabe eines Konzepts. Das Konzept hat keinen Anspruch auf eine abschliessende Analyse und die städtebauliche Festsetzung der Hochhausstandorte. Die Gemeinden haben als Bewilligungs- und Planungsinstanz die Hoheit, dies in einem demokratischen Prozess in ihrer Gemeinde umzusetzen, wenn es um die Nutzungsplanung geht. Konzepte sind als raumplanerische Richtschnur mit einem überregionalen Konsens zu betrachten. Sie helfen dem Kanton dabei, in der entsprechenden Region eine geordnete Entwicklung sicherzustellen. Es wurde die Frage gestellt, was die Auflösung der RET zur Folge hätte. Die Auflösung liegt nicht in unserer Kompetenz, sondern insbesondere in der Kompetenz der Gemeinden. Wir würden die Autonomie der Gemeinden beschränken, denn die Gemeinden erteilen die Aufgaben und finanzieren diese Zweckverbände. Die Regierung distanziert sich einmal mehr davon, wenn hier von einer vierten Staatsebene gesprochen wird. Wir sind über die Arbeit der RET froh.